

## Arbeitsprogramm 2011 - Jusos Bremen-Stadt

### **0. Auf auf dem Morgenrot entgegen! Thema: Weltrevolution**

In guter Juso-Tradition soll neben den inhaltlichen Arbeitsschwerpunkten, welche im Folgenden ausführlich dargestellt werden, stets auch das übergeordnete Ziel der seit Jahrzehnten geplanten sozialistischen Weltrevolution im Auge behalten werden. Das ein Aufschub dieser Thematik nicht geduldet werden kann, sollte jeder Genossin und jedem Genossen klar sein. Wir räumen jedoch ein, dass diese Thematik nicht in der öffentlichen Sitzung thematisiert werden sollte, sondern eher in den elitären Kreis der klassisch-proletarischen Vergnügungen nach der regulären öffentlichen Sitzung debattiert werden soll.

### **1. Inhaltliche Arbeit und zentrale Politikfelder**

#### **Bildung:**

##### **KITA**

Im Bereich der Kindertagesstätten wird zum Glück nun ausgebaut. Es darf aber nicht übersehen werden, dass damit nur eine jahrzehntelange Fehlentwicklung des deutschen Sozialstaates nachgebessert wird. Um die für 2013 im U3-Bereich gesteckten Ziele einhalten zu können, muss der Ausbau intensiviert werden. Den klammen Kommunen muss der Bund dafür die Mittel bereitstellen, um einen flächendeckenden Ausbau zu gewährleisten. Gleichzeitig sind auch strukturelle Veränderungen nötig: eine umfassende Kinderbetreuung muss vorrangig öffentlich geschehen, um Qualität, gute Arbeitsbedingungen und weltanschauliche Neutralität zu garantieren. Vor allem aber ist sie, wenn sie - wie von uns gefordert - für alle Kinder angeboten werden soll, keine sozialpolitische Ersatzleistung mehr, sondern Bildungspolitik. Um diese im Sinne von "Bildung aus einer Hand" effektiv zu gestalten, gehört die Kinderbetreuung ins Bildungsressort! Sollte versucht werden, eine solche Reform für versteckte Kürzungen zu missbrauchen, ist mit dem entschiedenen Widerstand der Jusos zu rechnen.

##### **„Schule für Alle“**

Für die Jusos bleibt die „Schule für Alle“ unabdingbares Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik. Nur in einem System, dass die Kinder nicht nach ihrer Herkunft aufspaltet, können alle Talente optimal gefördert und soziale Spaltung gemindert werden. Den Bremer Schulkonsens betrachten wir deshalb als kluges Instrument, den mit der aktuellen, grundlegenden Reform des Sekundarschulwesens eingeschlagenen Weg, weg von der Aufspaltung, der SchülerInnen gesellschaftlich abzusichern. Das bedeutet aber auch, dass er nur als Zwischenschritt auf dem Weg zu einer „Schule für Alle“ gesehen werden darf. Wir werden den weiteren Verlauf des Schulkonsenses weiter kritisch begleiten, um zu gewährleisten, dass an seinem Ende die Möglichkeit nicht verbaut ist, unverzüglich den letzten Schritt weg vom ungerechten und pädagogisch unsinnigen gegliederten Schulsystem zu gehen. Um die Chancengleichheit zu wahren, muss die Lernmittelfreiheit wieder in ihrer gesetzlichen Form verwirklicht werden.

Auch ein an der Gemeinschaftsschule orientiertes öffentliches Schulsystem kann Chancengleichheit nur gewährleisten, wenn es möglichst alle SchülerInnen einbezieht. Die Qualität der öffentlichen Schulen wird dort eingeschränkt, wo Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder aus dem gemeinschaftlichen System herauszukaufen. Wir betrachten daher mit Sorge die weitere Ausbreitung der in Bremen ohnehin schon verbreiteten Privatschulen. Dabei spielen nicht nur die Gebühren eine Rolle, die für Privatschulen entrichtet werden müssen, sondern auch, dass sich die engagiertesten Eltern in diesen Schulen konzentrieren und Kinder aus bildungsferneren Haushalten von den erbrachten Vorzügen ausschließen. So entsteht eine neue, vordergründig einkommensunabhängige, Form der sozialen Spaltung. Um dieser Entwicklung zu begegnen, reicht eine restriktivere Zulassung von Privatschulen allein nicht aus. Der Staat muss die öffentlichen Schulen besser ausstatten und das

Instrument der Reformschulen nutzen, um Eltern ein effektives Mitwirkungsangebot zu machen, dessen Vorzüge allen Kindern gleichermaßen zugutekommen.

Die Jusos betrachten es in diesem Zusammenhang als bedrohlich, dass es in der Bürgerschaft eine theoretische Mehrheit für mehr Privatschulen gibt und nur SPD und LINKE dagegen stehen. Die Sozialdemokratie muss sich der Tatsache bewusst sein, dass es mit den Grünen als mit wenigen Ausnahmen bürgerliche Partei im Landtag eine theoretische bürgerliche aber keine theoretische linke Mehrheit gibt. Aus diesem Grund werden wir uns energisch dafür einsetzen, dass bei einer eventuellen Neuaufgabe der rot-grünen Koalition das Bildungsressort weiterhin sozialdemokratisch besetzt und unter den beschriebenen Leitlinien geführt wird. Ein eventuelles grünes Bildungsressort betrachten wir als unvereinbar mit den landespolitischen Grundzielen der Bremer SPD.

### **Hochschule**

Die in Bremen immer noch bestehende institutionelle Trennung von Universität und Hochschule halten wir für überholt. Als die Fachhochschulen während der sozialdemokratischen Bildungsoffensive der 70er-Jahre eingeführt wurden, geschah dies, weil es nicht gelang, die Integration in die Universitäten gegen die konservative Professorenschaft durchzusetzen. Die Trennung behindert aber bis heute größere Wahlfreiheit der Studierenden, die so dringend benötigte stärkere Durchlässigkeit im Hochschulwesen und Synergieeffekte in der Forschung. Wir fordern daher auch für Bremen, wie in anderen Städten bereits geschehen (z.B. Lüneburg), die Trennung von Universität und Hochschule zugunsten eines moderneren Modells aufzuheben.

Ein solcher Prozess darf aber nicht für die Streichung von Studienplätzen oder -gängen missbraucht werden. Auch unabhängig von einer möglichen Hochschulstrukturreform werden wir gegen jede Kürzung im Hochschulwesen gemeinsam mit den Hochschulaktiven vorgehen. Bremen hat überdurchschnittlich viele Studienplatzangebote und wird dafür zweifelsfrei im Finanzausgleich benachteiligt. Diese Errungenschaft darf aber nicht der Sachzwanglogik geopfert werden. Die Hochschulen können keine weitere Kürzungsrunde ertragen!

### **Berufsschulen**

Nicht nur in diesem Abschnitt: die Berufsschulen kommen oft zuletzt. Im Dialog mit Auszubildenden haben wir die stiefmütterliche Behandlung der Berufsschulen aus erster Hand erfahren. Ihre oftmals eher alltäglichen Probleme rangieren auf der politischen Prioritätenliste in der Bildungspolitik ganz unten. Wo keine lautstarken Eltern stetig protestieren, geht es scheinbar nicht. Die Belange der SchülerInnen in den berufsbildenden Schulen müssen endlich ernst genommen werden. Dafür müssen an einheitlicher Stelle verlässliche AnsprechpartnerInnen geschaffen werden.

### **Inneres**

#### **Gleiches Recht für alle**

Bremen hat in den letzten Jahren Liberalisierungen im Ausländerrecht eingeleitet, die unserem Land eine Vorreiterrolle zuweisen und zum Vorbild für andere Länder geworden sind. Dem müssen weitere Schritte folgen. Insbesondere das Verbot für Asylanten, den aufnehmenden Landkreis zu verlassen, ist eine unmenschliche Einschränkung, die nicht zuletzt auch die politischen Grundrechte unterdrückt. Vielen junge Menschen, aufgrund von Wehrpflichtregelungen insbesondere Männer, wird darüber hinaus die Einbürgerung versperrt, da ihr "Heimatstaat", zudem sie oftmals keinerlei Verbindung mehr besitzen, ihnen die Ausbürgerung verweigert. Bremen muss die Initiative ergreifen und eine Regelung finden, damit diese Menschen dieselben Rechte erhalten wie ihre MitschülerInnen auch, nicht zuletzt das Wahlrecht und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Nicht alles aber kann per Gesetz geregelt werden. Immer wieder kommen aus den zuständigen Behörden Praktiken ans Tageslicht, die Zweifel daran regen, dass alle KollegInnen in der Verwaltung noch Menschen hinter den Akten sehen und sich immer wieder bewusst sind, dass papierlos nicht rechtlos bedeutet. Der Innensenator ist dafür der politisch gewählte und verantwortliche Dienstherr und muss diese Rolle konsequent im Sinne der Rechte Betroffenen wahrnehmen.

**Polizistenkennzeichnung:**

Die Polizei schützt die Schwachen und die Allgemeinheit vor Gefahren, von denen sie sich alleine nicht schützen kann. Viele Polizisten/innen sehen dies als ihren Auftrag. Nichtsdestotrotz gibt es auch hier Personen, die ihre Macht missbrauchen und unverhältnismäßig brutal gegen Bürger\_innen vorgehen (wie z.B. bei den Demonstrationen zu Stuttgart21 geschehen).

Aufgabe der Polizei muss es nicht nur sein, die Allgemeinheit vor äußeren Gefahren zu schützen, sondern auch vor Gefahren, die von Seiten einzelner Polizisten/innen ausgehen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Pflicht zur Kennzeichnung von Polizisten/innen im Einsatz. Hierdurch soll es besser als bisher möglich sein Personen, die sich falsch verhalten, genauso zu ahnden, wie den gemeinen Bürger.

**Rechtsextremismus**

Wir Jusos sind uns unserer historischen Herkunft bewusst, und den Verpflichtungen, die wir daraus für uns ziehen. Für den Widerstand gegen faschistische Machtstrukturen und das nationalsozialistische Gedankengut haben zahllose AntifaschistInnen mit dem Leben bezahlt. Sich alten wie neuen Nazis jederzeit entschlossen entgegenzustellen und jede/n zu ermutigen, dasselbe zu tun, steht für uns außer Frage. Unabhängig davon, ob am 1. Mai 2011 wirklich Nazis in Bremen aufmarschieren oder nicht: **wir werden uns mit aller Kraft an einem antifaschistischen 1. Mai beteiligen**. Wir setzen uns dafür ein, dass die sich formierenden Bündnisse so breit wie möglich einbinden und eine einheitliche gesellschaftliche Ablehnung menschenfeindlichen Gedankenguts demonstrieren. In diesem Sinne erklären wir uns solidarisch mit sämtlichen gewaltfreien Aktionsformen, einschließlich des zivilen Widerstandes.

**Datenschutz, Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung und Internet**

Die Jusos im Unterbezirk Bremen-Stadt werden die Themen Vorratsdatenspeicherung, Datenschutz und Videoüberwachung auch im Jahr 2011 begleiten. Wir müssen insbesondere darauf aufmerksam machen, dass Videoüberwachung in privaten Geschäften oft nicht den rechtlichen Anforderungen entspricht. Zudem werden häufig Videokameras so platziert, dass eine lückenlose Videoüberwachung ermöglicht wird. Hier besteht Handlungsbedarf. Denn meist werden Überwachungsgeräte nicht gemäß der rechtlichen Bestimmungen installiert, sowie Kennzeichnungen und Hinweise auf eine Überwachung der Kunden schlechthin vernachlässigt. Zudem müssen wir das Thema "Überwachung am Arbeitsplatz" näher definieren. Erschreckende Beispiele, wie Lidl und Schlecker haben gezeigt, dass die Unternehmer rücksichtslos von den neuen technischen Möglichkeiten Gebrauch machen und so den Arbeitnehmerschutz aushöhlen. Dies sind nur Beispiele für massive Einschnitte in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, sowie den Schutz der Persönlichkeitssphäre. In der Gesellschaft besteht außerdem eine weitverbreitete Ansicht, dass sich durch die Videoüberwachung häufig mehr Straftaten aufklären ließen. Hier wird die Freiheit der Sicherheit Stück für Stück geopfert. Dem Trend der totalen Überwachung entgegenzuwirken, setzen wir uns zum Ziel.

Wir Jusos lehnen Zensur im Netz ab. Wir wollen, ein Netz der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade die letzten Wochen zeigen, wie wichtig Internetzugriff ist. Eine Revolution in der arabischen Welt wäre wie in Ägypten ohne das Internet nicht so erfolgreich gewesen. Durch Zensur wollten bzw. wollen, die Diktatoren in den Ländern verhindern, dass Informationen ins Ausland oder an das Volk gelangen. Wir haben in Deutschland Informationsfreiheit. Ein freies, unzensuriertes Netz gilt der Sicherheit und schützt das Wohl des Volkes. Der Datenschutz in einer zunehmend medialen Gesellschaft ist wichtig. Umfassende gesetzliche Regelungen sind dringend erforderlich.

Die Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab! Niemand darf unter Generalverdacht stehen.

## Umwelt

### **Atomfracht durch Bremen:**

Wir Jusos stemmen uns seit langem schon gegen die Atomkraft. Somit ist es für uns als Unterbezirk Bremen-Stadt auch nicht tragbar, geschweige denn begrüßenswert, dass Materialien für Atomkraftwerke (sowohl unverbrauchte Brennstäbe, als auch Abfallprodukte oder sonstige Materialien) durch Bremen geschleust werden. Wir werden uns konsequent dagegen stellen und uns auch in entsprechenden Bündnissen einbringen.

### **Energienetze und Förderung regenerativer Energien**

Trotz denkbar prekärer Kassenlagen denken Städte und Gemeinden allorts wieder über die Stärkung ihrer eigenen Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge nach. Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch die SPD wieder den Mut hat, über einen stärkeren Sozialstaat auch auf kommunaler Ebene nachzudenken. Es ist richtig, die eigenen Vorstellungen nicht von vornherein Sachzwanglogik zu opfern. Die Privatisierungen der vergangenen Jahrzehnte haben sich als Fehler erwiesen, und das längst nicht nur ideologisch. Von Energienetzen im Besitz der BremerInnen kann das Gemeinwesen nur im wahrsten Sinne des Wortes profitieren. Sobald ein finanziell gangbarer Weg gefunden wird, eine Rekommunalisierung vorzunehmen, muss die Bremer Sozialdemokratie den Mut haben und es in die Wirklichkeit umsetzen.

Eine Neuorganisation der Energienetze ist auch notwendig, um sie auf die Bedürfnisse der stattfindenden Energiewende umzustellen. Dafür ist politischer Wille nötig, der private Besitz setzt keinerlei Anreize für die nötigen Investitionen. Es bringt nichts, die Bremer und Bremerhavener Windkraftbranche fördern zu wollen und gleichzeitig den Transport ihres Produkts zum Konsumenten nicht effektiv sicherzustellen.

Förderung erneuerbarer Energien ist mittlerweile gesellschaftlicher Konsens. Auch hier ist es unsere Rolle als Jusos, weiter zu denken und eine unkritische Förderung der Windkraftbranche zu beleuchten. Subventionen laufen falsch, wenn die Firmen kräftige Profite auf dem Rücken einer Großzahl prekär beschäftigter LeiharbeiterInnen einstreichen. Bei der Vergabe öffentlicher Mittel müssen Ökologie und die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen gleichermaßen berücksichtigt werden.

### **Weservertiefung:**

Auch wenn wir Jusos ein Verband sind, der sich aus der Arbeiterbewegung herausgebildet hat, räumen wir dem Umweltschutz einen ebenso großen Stellenwert ein. Deswegen wollen wir uns mit dem anstehenden Projekt der Weservertiefung beschäftigen.

Im Konflikt Ökonomie vs. Umwelt ist für uns klar, dass die Umwelt nicht zu Schaden kommen darf, wenn dies nur dem Profitstreben einzelner Unternehmen dient. Eine Weservertiefung ist für uns nur dann tragbar, wenn der Nutzen für die ArbeitnehmerInnen als zentrales Maß mit in die Frage einbezogen wird. Sollte die Umwelt jedoch (wie im Gutachten des BUND dargestellt) zu einem Schaden kommen, der in keinem Verhältnis zum Nutzen für das Land Bremen und seine ArbeitnehmerInnen steht, so sind wir geneigt das Projekt abzulehnen.

## Soziale Stadtentwicklung

### **Gentrifizierung:**

Unter Gentrifizierung versteht man allgemein die Aufwertung "hipper" Stadtteile durch öffentliche Gelder, wodurch zwangsweise die Mieten steigen und die ehemaligen Anwohner vertrieben werden. Ein beispielhafter Ablauf wäre: zuerst Fabrikviertel, deswegen Arbeiter und günstige Mieten, durch günstige Mieten dann Künstler mit Bedarf nach Fläche (Ateliers), mit der Künstlerszene und günstigen Mieten folgen dann Studenten um zum Schluss Yuppies o.ä. anzuziehen, welche dann auf Gentrifizierung drängen.

Mit diesem stetig fortschreitenden Prozess, der außer in Berlin und Hamburg auch massiv in Bremen anzutreffen ist, wollen wir uns kritisch auseinandersetzen und ggf. über Möglichkeiten des Einschreitens gegen oder der Schaffung einer sozial verträglichen Gentrifizierung diskutieren. In

diesem Zusammenhang spielen für uns jene Instrumente eine Rolle, die soziale Brennpunkte durch nachbarschaftsnetzende Ansätze und nicht durch städtebauliche Umstrukturierungen minimieren.

### **Verkehr**

Bremen lebt und die Stadt entwickelt sich weiter. Es gibt Stadtentwicklungsprogramme und neue Stadtteile bilden sich – wie zum Beispiel die Überseestadt. Auf der anderen Seite gibt es soziale Brennpunkte, für die Programme ausgebaut und fortgesetzt werden müssen. Auch die Verkehrsentwicklung wird sich ändern - ob Straßenbahn, Autobahn oder Bahnverkehr! Wir denken, dass auch wir Jusos uns mit dem Thema Stadtentwicklung auseinandersetzen müssen und möchten eine Mitgliederversammlung mit einem Referenten/einer Referentin organisieren. Dort können wir über die Vorteile und Nachteile einer Umweltzone diskutieren und überlegen, ob die Umweltzone erweitert werden soll bzw. muss.

### **Jugendbeteiligung**

#### **Jugendbeiräte stärken, JiP demokratisch reformieren**

Wir Jusos setzen uns für Partizipation Jugendlicher in der Politik ein. Positive Beispiele, wie Huchting, zeigen, dass den Jugendlichen die Stadt nicht egal ist, sondern dass sie sich vor Ort für diese einsetzen. Wir werden aktiv die Gründung und Gestaltung von Jugendbeiräten in Bremen vorantreiben, und die Akteure unterstützen. Zudem setzen wir uns für einen strukturellen Umbau von „Jugend im Parlament“ ein. Der Landtag verfolgte mit der Einrichtung dieses jährlich tagenden Jugendparlaments vor allem das Ziel, Jugendlichen Politik näher zu bringen und ihnen Spaß am diskutieren und debattieren zu vermitteln. Im Rückblick auf „Jugend im Parlament 2007“ ließ sich jedoch feststellen, dass parteipolitische Jugendorganisationen ihre Mitglieder dort organisiert haben. Warf man einen Blick auf die vom Jugendparlament gebilligte Resolution, so fielen besonders die vielen konservativen Beschlüsse auf, die auch einem Beschlusspapier der Bremer CDU ähnlich sehen könnte. Hierzu zählt insbesondere die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems, das durch frühe Selektion besonders Spätentwicklern wenige Bildungschancen bietet. Weiter deuten Parallelen zur CDU auch mit der Forderung nach einer Aufstockung der Polizei oder der Herabsetzung der Strafmündigkeit Jugendlicher auf 12 Jahre hin. Mit dieser Instrumentalisierung wird der Sinn und Zweck des Jugendparlamentes verfehlt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an „Jugend im Parlament“ keinesfalls die Bremer Jugend repräsentieren. Sie sind nicht in dieses Gremium von den Bremer Jugendlichen gewählt worden, sondern konnten sich freiwillig an der Aktion beteiligen. Wir wirken deshalb darauf hin, dass die im neuen Beirätegesetz verankerten Bestimmungen zur Einrichtung von Jugendbeiräten auf Stadtteilebene neue Basis für ein repräsentatives Jugendparlament werden. Die Jugendlichen sollten in ihren Schulen in repräsentativer und direkter Wahl in die Jugendbeiräte gewählt werden. Einmal jährlich könnte man anschließend das jetzige „Jugend im Parlament“ insofern umfunktionieren, dass die Mitglieder der Jugendbeiräte aus allen Stadtteilen zusammenkommen und somit ein durch die Jugend repräsentativ gewähltes Jugendparlament stellen, dessen Beschlüssen die Bremische Bürgerschaft gewiss mehr Gehör schenken wird.

### **Finanzen**

Schuldenbremse, Einsparungen, Finanzierungsdefizit – wie steht es wirklich um Bremens Finanzen? Ist es tatsächlich notwendig, eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen, die wir ablehnen? Ist der Länderfinanzausgleich noch ein sinnvolles Instrument? Welche Auswirkungen haben die Schulden und Einsparungen auf Bremen und seine Einwohner? Diese und andere Finanzfragen zu unserem Bundesland möchten wir auf einer Mitgliederversammlung vertiefen. Dabei machen wir nicht an den Grenzen der Hansestadt halt. Deutschland braucht endlich ein gerechtes Steuersystem, das nicht mehr auf dem Modell des konservativen männlich dominierten

Ehehaushaltes basiert. Das dafür von den Bundesjusos entwickelte Konzept wollen wir uns gemeinsam erarbeiten.

### **Bundeswehr, Deutschland und seine Kriege**

#### **Afghanistan:**

Die Jusos sind ein Verband, der in pazifistischer Grundhaltung entstanden ist. Kein Krieg, schon gar nicht des Kapitals wegen, gilt für uns traditionsgemäß als gerechtfertigt oder rechtfertigbar.

Da die Bundesregierung sich dazu entschieden hat, sich in fernen Ländern als Kriegspartei zu beteiligen, sehen wir uns gezwungen uns mit den Konsequenzen dieses Einsatzes zu beschäftigen. Schließlich kämpfen in diesem Krieg unter anderem auch unsere GenossInnen, KollegInnen, Nachbarn und Freunde. Außerdem hat Deutschland mit dem Kriegseinsatz unserer Ansicht nach auch die Aufgabe auf sich genommen, den Kriegsschauplatz als lebenswerten Ort, soweit dies nach einem Krieg denn möglich ist, zu hinterlassen.

Wir wollen uns aus diesen Gründen mit den Umständen des Afghanistankrieges, seinem Zustandekommen, seinem Verlauf und die möglichen Optionen, wie er zu beenden ist, beschäftigen. Hierzu ist unter anderem eine Mitgliederversammlung mit dem SPD Bundestagsabgeordneten Carsten Sieling geplant, in welcher wir uns kritisch und fundiert mit dem Thema auseinandersetzen wollen.

#### **Bundeswehrreform:**

Nachdem wir jahrelang vergebens dafür gekämpft haben, dass die Wehrpflicht endlich abgeschafft wird, kam uns Herr Ex-Dr. zu Guttenberg zuvor. Jedoch ist es ein halbherziges Konzept, indem die Wehrpflicht lediglich ausgesetzt und nicht vorständig abgeschafft wird. Darüber hinaus wirft es weitere Fragen auf, wie mit dem aus der Reform resultierenden Mangel an Zivildienstleistenden umzugehen ist.

Mit dieser unvollständigen und halbgen Reform wollen wir uns beschäftigen und eigene Positionen und Perspektiven erarbeiten und entwickeln.

#### **Kriegstreiberei wieder salonfähig:**

Nachdem der ehemalige Bundespräsident Köhler noch den Anstand hatte für seine deskriptive Beschreibung, dass Kriege der Wirtschaft wegen geführt werden, den Hut zu nehmen, sind derartige Forderungen mittlerweile wieder auf dem Vormarsch salonfähig zu werden. So sagte der Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg, dass wir in Zukunft Kriege führen müssen um unsere wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Der asymmetrische Vorsitzende des konservativen Rekrutierungsprogramms, gemeinhin bekannt als Junge Union (JU), publizierte außerdem einen Artikel, in welchem er ausführlich beschreibt welche Rohstoffe wir uns zukünftig auch mit Waffengewalt sichern müssen.

Dies ist für uns Jusos weder tragbar noch in irgendeiner Art tolerierbar! Deswegen wollen wir uns kritisch mit diesen und ähnlichen Aussagen und Entwicklungen auseinandersetzen und uns klar dagegen positionieren.

### **Feminismus und Gleichstellung**

Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Die Gleichbehandlung von Frau und Mann ist für uns nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch politisches Programm. Deswegen wollen wir uns mit den aktuellen Diskussionen in der Gleichstellungsdebatte kritisch auseinandersetzen. Dabei stehen z.B. Themen wie die Reform des Sorgerechts, durch das bisher Männer benachteiligt werden, sowie natürlich auch der Gleichbehandlung und den Gegenmaßnahmen zur Diskriminierung am Arbeitsplatz für uns im Mittelpunkt.

Für uns ist klar, dass die Diskriminierung nach Geschlechtern nicht zu tolerieren ist. Am Beispiel des Arbeitsmarktes heißt das für uns neben dem JA zur Quotierung von Vorständen auch das

gesellschaftliche Aufbrechen von berufsbezogenen Klischees (bspw. Erzieher im Kindergarten) sowie gleiche Löhne für gleiche Arbeit - egal ob Mann oder Frau.

### **Religion und Laizismus**

Wir beobachten kritisch, wie einzelne Interessensgruppen innerhalb der SPD "von oben" flach gehalten werden. Dies trifft vor allem auf die gerade beobachtbare Konstituierung des Arbeitskreises der Laizisten auf Bundesebene zu. Vor Kurzem hat sich nun mit großem Zuspruch von Mitgliederseite ein Landesverband in Bremen gegründet.

Wir als Jusos stehen in der Tradition der Arbeiterbewegung (Internationale: "Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun!") und wollen uns deswegen konstruktiv mit den Vertretern des laizistischen Arbeitskreises in Bremen auseinandersetzen und informieren um auch bei der parteiinternen Debatte mitmischen zu können.

Eine solche Form des konstruktiven Dialogs über laizistische Positionen könnte etwa eine Diskussion über Für und Wider von Religionsunterricht an Schulen sein.

## **2. Arbeit mit und für die Mitglieder**

### **Mitgliederversammlungen**

Wir möchten in Zukunft gerne öffentlicher tagen. Daher bemühen wir uns um verschiedene Tagungsorte für unsere Mitgliederversammlungen in der Öffentlichkeit, wie zum Beispiel in Bürgerhäusern oder Nachbarschaftshäusern in den Stadtteilen. Gelungen ist dies uns bereits mit den Vorstandssitzungen, die immer an wechselnden Orten, überwiegend Gaststätten im Stadtbereich stattfinden.

ReferentInnen einzuladen ermöglicht uns neue Einblicke und vieles Expertenwissen, das wir uns alleine nur schwer erarbeiten könnten. Gleichzeitig behindert die Anwesenheit Dritter oftmals eine freie Diskussionskultur und konzentriert die Aufmerksamkeit zu stark auf eine Person.

Wir wollen daher zukünftig sorgfältiger auswählen, wann der Einsatz auswärtiger ReferentInnen notwendig ist, auch um uns wieder verstärkt Freiheit für tagesaktuelle Diskussionen und Inputs aus den Arbeitsgruppen zu geben. In diesem Sinne wollen wir wieder den folgenden "althergebrachten" MV-Ablauf nutzen:

- Vorstellungsrunde
- Berichte
- Themenblöcke
- ...
- X. Verschiedenes

Unter Tagesordnungspunkt 1 findet eine schnelle Vorstellungsrunde statt um die Integration von neuen oder noch nicht gefestigten Mitgliedern zu gewährleisten. Unter TOP2 werden die Berichte der unterschiedlichen Arbeitsgruppen, Delegierten, sonstigen Amtsträgern etc. angehört und bei Bedarf diskutiert. Auch interessante Diskussionen aus den Ortsvereinen sollen hier ihren Platz finden. Bevor man in den Themenblock einsteigt wird von der Sitzungsleitung gefragt, ob man noch mehr Themen, z.B. tagespolitisch aktuelle, ausgiebig diskutieren möchte (über Vertagung wird je nach Bedarf abgestimmt). Der letzte TOP „Verschiedenes“ gibt einzelnen Mitgliedern dann die Möglichkeit sich über Termine und sonstige Angelegenheiten auszutauschen.

### **Mitgliederbetreuung**

Die Mitgliederentwicklung im Unterbezirk zeigt sich in den letzten Jahren sehr erfreulich. Um die neuen und zugezogenen Mitglieder angemessen zu begrüßen, halten wir an einem im letzten Jahr entwickelten Anschreiben fest, das jedes neue Mitglied auch in Zukunft bekommen soll. Erhalten

wollen wir auch das Amt der/des Mitgliederbeauftragten, da es sich als positiv erwiesen hat, wenn eine Person im Vorstand diese Verantwortung übernimmt und der/die AnsprechpartnerIn für die Mitglieder ist.

Fortsetzen wollen wir auch die Mitgliederrundschreiben, die gerade auch für den Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen werden. Sie sollen vor der heißen Wahlkampfphase die Mitglieder zum Wahlkampf aufrufen und ein paar Tage vor der Wahl an den (selbstverständlichen) Gang zur Wahlurne erinnern. Ferner wollen wir die Zeit nach der Sommerpause mit einem Weckruf starten! Weiter begleiten wird uns auch die neu entwickelte Neumitgliederbroschüre. Diese soll auch weiterhin an die neuen Mitglieder verschickt werden und bei Bedarf, wie es nach der Wahl der Fall sein wird, aktualisiert werden. Wir können uns außerdem vorstellen, uns bei einem erneuten Mentoring-Programm der SPD-Bürgerschaftsfraktion zu beteiligen bzw. zu kooperieren. Ziel dabei ist es, dass Neumitglieder gezielt auf das Programm hingewiesen werden und sich daran beteiligen, damit sie sich schneller in den Strukturen zurecht finden und eingebunden werden. Dabei ist vorstellbar, dass auch Mitglieder des Vorstandes als sogenannte Mentoren zur Verfügung stehen. Hierfür ist ein Gespräch mit der für das Programm zuständigen Person vorgesehen.

### **Mitgliederstruktur:**

Die Mitgliederstruktur weist überwiegend Studierende auf, wir möchten, dass sich das ändert! Denn wir sind ein jugendlicher bunter linker Richtungsverband. Wir möchten mehr SchülerInnen, Auszubildende und junge Leute mit Migrationshintergrund in unseren Reihen. Der Vorstand erarbeitet daher ein Konzept, wie diese Personengruppen gezielt für unsere Inhalte und Arbeit zur Mitarbeit motiviert werden können! So könnten zum Beispiel Politiktage an Schulen, die gemeinsam mit der Gesamtschülervertretung organisiert werden, für SchülerInnen motivierend zum Aktivwerden sein.

Zwar ist das Verhältnis bei den Mitgliedern zwischen Männern und Frauen inzwischen fast ausgeglichen, allerdings beteiligen sich meist mehr bzw. überwiegend männliche Mitglieder an den Mitgliederversammlungen und Aktionen. Dies müssen wir ändern und Konzepte entwickeln, wie auch künftig mehr weibliche Mitglieder an Sitzungen und Versammlungen teilnehmen. Dies kann auch in Zusammenarbeit mit der Landesorganisation geschehen. Dazu wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die offen für alle Mitglieder ist.

### **Aktivitäten: Sommergrillen, Seminare, Berlinfahrt**

Als Gemeinschaftsaktion für die Mitglieder planen wir in der Sommerpause ein Sommergrillen, um auch mal ganz unbefangen außerhalb von Politik und Diskussion ein nettes Beisammensein zu organisieren. Für die Wintermonate könnten wir uns auch vorstellen, eine Kneipentour und gemeinsam mit dem SPD-Unterbezirk eine Kohltour als Aktion für unsere Mitglieder zu organisieren. Arbeiterlieder begleiten uns – nicht nur auf Jahreshauptversammlungen. Auch die Entwicklung eines Liederbuches ist vom Juso-Landesvorstand angedacht. Grund genug für uns Jusos in Bremen-Stadt einen Liederabend mit Arbeiterliedern und akustischer, prominenter Begleitung im Jahr 2011 zu organisieren.

Sofern in Zukunft sich der Wunsch äußert, ein Neumitgliedertreffen oder auch ein Seminar dieser Art durchzuführen, würden wir ein solches organisieren. Um die Bedürfnisse der Neumitglieder zu erfahren, entwickelt der Vorstand einen kurzen Fragebogen, der zusammen mit dem Begrüßungsschreiben an die Neumitglieder geschickt wird. Sofern der Wunsch nach Treffen oder Seminaren besteht, könnten diese mit Besuchen von lokalen politischen Einrichtungen oder einem Politiker-Smalltalk verbunden werden.



### **3. SchülerInnen, Studierende und Vernetzung**

#### **SchülerInnen**

Die SchülerInnen nehmen bei uns Jusos einen wichtigen Stellenwert ein. Hier wollen wir die Strukturen ausbauen und mehr SchülerInnen für unsere Interessen gewinnen. Wir wollen dabei noch mehr in den verschiedenen Gremien (GSV, etc.) mitwirken.

Eine wichtige Aufgabe in diesem Jahr ist die Erstellung der Schülerzeitung, die wir im Wahlkampf mit Unterstützung der Juso-Landesorganisation wieder erstellen und verteilen wollen. Auch nach dem Wahlkampf wollen wir Schülerzeitungsredaktion beibehalten.

#### **AStA für Alle (AfA)**

AStA für Alle (AfA) ist das Sprachrohr für Studierende Jusos an der Universität. Sie stellt deren Interessensvertretung bei allen studentischen Belangen. Es handelt sich bei AfA jedoch, wie der Name schon sagt, nicht um eine Juso Hochschulgruppe, wie beispielsweise an der Hochschule. Deswegen ist AfA zwar das Organ in dem sich viele Jusos engagieren, jedoch ist AfA auch weiterhin als unabhängige Gruppe von den Jusos zu betrachten. Deswegen wollen wir auch weiter miteinander arbeiten, wo es möglich und gewünscht ist.

Bereits durch personelle Überschneidungen ist die Verbindung von Jusos und AfA hoch. Aber auch die jeweiligen Nicht-AfAs und Nicht-Jusos können von regem inhaltlichem Austausch nur profitieren. Themen wie Stipendienprogramm oder Rüstungsforschung sind dafür gute Beispiele gewesen. Gleichzeitig werden wir aber stets auch die Grenze respektieren, die sich AfA vor mehr als 20 Jahren zum Grundsatz gemacht hat und die den unverwechselbaren Bündnischarakter der Liste ausmacht.

#### **Juso-HSG (HS Bremen)**

Die (wiedergegründete) Juso-HSG an der Hochschule Bremen versteht sich als eigenständige Projektgruppe der Landesorganisation der Jusos Bremen und ist nicht weisungsgebunden. Sie strebt im Rahmen des Konzepts des demokratischen Sozialismus eine gerechtere Hochschulpolitik sowohl innerhalb als auch außerhalb studentischer Gremien an. Mitarbeiten können und sollen ausdrücklich alle Interessierten, auch ohne Mitgliedschaft bei den Jusos oder in der SPD.

#### **Falken und AWO-Jugendwerk**

Mit den Falken haben wir in der letzten Legislatur endlich wieder Kontakte geknüpft. Auch wurde ein regelmäßiger gemeinsamer Stammtisch etabliert. Eine geplante gemeinsame politische Bildungsreise kann vorerst nicht umgesetzt werden, dennoch wollen wir am Ball bleiben. Insbesondere bei Aktionen vor Ort wollen wir mit SJD – Die Falken kooperieren und gemeinsam auftreten, etwa beim 1. Mai 2011.

In diesem Sinne hoffen wir auch auf Beteiligung von Aktiven eines eventuell bald wieder bestehenden Bremer AWO-Jugendwerks. Entsprechende Bemühungen begrüßen wir ausdrücklich und werden sie wo möglich unterstützen.

#### **Gewerkschaften**

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben gemeinsame Wurzeln. Die Themen der jungen Arbeitnehmerschaft wollen wir auch in Zukunft in den Blickpunkt rücken. Hierzu ist es notwendig, gemeinsam zu kooperieren, um eine breite Basis zu finden. Politik für die jungen Arbeitnehmer ist Politik für die Menschen, und sie orientiert sich ausschließlich daran. Wir wollen faire Arbeit für alle Menschen und wir richten unseren Blick nicht auf Aktienkurse und ein Wachstum ohne Grenzen. Alle gewerkschaftlichen Jugendorganisationen sollen regelmäßig eingeladen werden, sich an Veranstaltungen der Jusos zu beteiligen. Dies kann eine Party zum 1. Mai sein, es muss aber auch Versammlungen zu spezielle Themen oder Ereignissen (z.B. Demo gegen Naziaufmarsch) geben. Ebenso ist eine stärkere Juso-Beteiligung an gewerkschaftlich organisierten Veranstaltungen anzustreben.

### **andere UBs**

Wir Jusos streben danach uns stärker zu vernetzen. In erster Linie mit uns nahestehenden Jugendorganisationen, aber auch mit anderen Juso-Unterbezirken. Es wird angestrebt, mit anderen Unterbezirken in Bremer Umland Kontakt aufzunehmen und Kooperationen zu entwickeln. Im Vordergrund stehen der gegenseitige Austausch, gemeinsame Mitgliederversammlungen und Unterstützung bei Veranstaltungen mit Women/Menpower.

### **Metropolregion Bremen / Oldenburg:**

Seit vielen Jahren beschäftigen sich die Jusos mit der Gestaltung, den Möglichkeiten und Grenzen des europäischen Integrationsprozesses. Die von der Europäischen Union (EU) zur gezielten Förderung eingerichteten Metropolregionen haben dabei jedoch wenig Aufmerksamkeit erfahren.

Innerhalb der Metropolregion Bremen/Oldenburg findet immer mehr Kooperation auf sämtlichen Ebenen statt, welche sich nicht unserem Augenmerk entziehen dürfen. So findet auf hochschulpolitischer Ebene eine Annäherung der drei hier angesiedelten Universitäten durch Forschungscluster, der Graduate School und gemeinsamer Studiengänge statt. Auf der kulturellen Ebene gibt es bereits mehrere Jahre andauernde Kooperationen zwischen Kulturbetrieben. Wirtschaftsunternehmen arbeiten verstärkt miteinander. Doch sowohl bei der SPD, als auch bei den Jusos findet keine aktive Gestaltung, geschweige denn Diskussion statt.

Wir wollen deswegen versuchen regelmäßige Treffen zwischen den drei betroffenen Unterbezirken zu initialisieren. Ziel soll es sein über gemeinsame Probleme, Ideen und Initiativen zu diskutieren, gemeinsam die Politik der Metropolregion zu gestalten und öffentlichkeitswirksam in- und extern zu propagieren.

## **4. Medienarbeit**

Wir wollen noch offensivere Medienarbeit betreiben. Dazu gehören eine wesentlich höhere Frequenz und Aktualität der Pressemitteilungen und schnelleres Formulieren von Artikeln für die Homepage. Ebenfalls erstrebenswert ist direkter Kontakt mit Medienvertretern und sogar eventuelle Pressekonferenzen. Ganz oben auf unserer Agenda steht jedoch die Onlinekommunikation. Wir werden die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken weiter ausbauen und zur Diskussion anregen. In Bezug auf die Kommunikation nach außen ist für uns die Homepage ein wichtiges Instrument, die bereits in vielen Bereichen bereits neu gestaltet worden ist. Wir wollen sie stetig verbessern in dem wie z.B. als nächstes ein neues "Template", das Grundgerüst der Seite, erstellen und installieren, um modernere Gestaltung und aktuelle Elemente zuzulassen. Darunter fällt etwa ein Schlagwörterfeld und ein besserer Twitter-Ticker. Bei der Kommunikation nach innen wird der Vorstand in absehbarer Zeit ein Onlinetool finden, das den Zugriff auf sämtliche Dokumente und Daten erlaubt, um den Informationsfluss, das gemeinsame Schreiben und Organisatorisches noch besser koordinieren zu können.

## **5. Unsere Arbeit in der Sozialdemokratie**

In den nächsten Wochen wird unsere Arbeit in der SPD hauptsächlich unter ein Wort fallen: Wahlkampf! Den wollen wir betreiben für eine Partei, deren Grundwerte wir teilen und in der die meisten von uns Mitglied sind. Die kritische Solidarität, in der wir uns zur SPD befinden, bedeutet, dass wir die Sozialdemokratie als geeignetste Kraft im parlamentarischen Raum betrachten, die gemeinsamen Grundwerte umzusetzen. In Bremen sind wir zudem in weiten Maße der Überzeugung, dass dies gut funktioniert. Die äußeren Zwänge, unter denen Bremen steht, zwingen uns aber dazu, die SPD nach der Wahl kritisch zu begleiten und immer wieder auf ihre Programme und Grundwerte hinzuweisen. Wir werden genau darauf achten, welche Zugeständnisse zukünftigen

Koalitionspartnern gemacht werden, welche Kürzungen erfolgen und wo Partei und Fraktion von vorherigen Aussagen abrücken.

Strukturfragen sind durch den anstehenden Wahlkampf erst einmal von der innerparteilichen Agenda verschwunden. Die Probleme leider nicht. Die Struktur der Ortsvereine behindert nach wie vor eine effektive Arbeit der SPD in den Stadtteilen und schwächt unnötig die Schlagkraft vor Ort. Vor allem aber ist die Fokussierung auf die Ortsvereine in organisatorischen Fragen längst überholt und hat sich von der Realität vieler engagierter GenossInnen entfernt.

Dies gilt einerseits für die Finanzverteilung: Die Zeiten, in denen der Ortsverein als Basis für alle Aktiven diente, sind abgelöst wurden vom Wunsch vieler Engagierter, sich in Arbeitsgemeinschaften, themenspezifischen Arbeitskreisen und zeitlich begrenzten Projekten zu engagieren. Die Finanzverteilung muss dieser Logik folgen und nach dem Prinzip eines Aktivitätenfonds das Geld für dort bereit stellen, wo es genutzt wird.

Andererseits sind auch bestimmte Exklusivrechte der Ortsvereine längst antiquiert und behindern stärkeres Engagement. Unser Ziel ist es, das Nominierungsmonopol der Ortsvereine zu beseitigen. Bisher haben nur die Ortsvereine in der Bremer SPD das Recht zu Wahlen, Kandidatinnen und Kandidaten für die entsprechenden (Bürgerschafts-/ Bundestags-)Listen zu nominieren. Zu der Zeit, indem diese Regelung entstanden ist, war sie sinngemäß. Der Großteil der Mitglieder hielt sich in den Ortsvereinen auf und betätigte sich für diesen. Doch die Zeiten haben sich gewandelt. Heute betätigen sich mehr und mehr Mitglieder themenbezogen in den Arbeitsgemeinschaften. Hier findet ein Großteil der politischen und inhaltlichen Arbeit unserer Partei statt. Viele Mitglieder – gerade die Jüngeren – wollen eher projektorientiert tätig werden und nicht die volle „Ochsentour“ durchlaufen, wie es immer noch Tradition zu sein scheint. Zudem fassen die Arbeitsgemeinschaften oft mehr Mitglieder, als die Ortsvereine. Sie leisten darüber hinaus auch einen entsprechenden personellen und gestalterischen Beitrag in den Wahlkämpfen. Dennoch steht bisher nur den Ortsvereinen das alleinige Recht zu, zu öffentlichen Wahlen Kandidaten und Kandidatinnen zu nominieren. Im Jahr 2009 hat sich die Partei auf einen Erneuerungsprozess begeben. Dieser sollte sich auch mit der strukturellen Erneuerung der Partei beschäftigen. Dies kann die Partei unter anderem dadurch zeigen, indem sie auch den Arbeitsgemeinschaften das Recht zuspricht, eigene Kandidaten zu nominieren. Damit geht keine Schlechterstellung der Ortsvereine einher. Das ein/e Kandidat/in nominiert ist, heißt noch nicht, dass er/ sie aufgestellt ist. Es handelt sich lediglich um ein Vorschlagsrecht. In einer auf Gleichberechtigung beruhenden Struktur – wie der SPD – sollte jeder das Recht haben, einen anderen vorzuschlagen. Warum sollte dies den Arbeitsgemeinschaften gerade verwehrt sein? Dies erscheint nicht mehr zeitgemäß.

## **6. Wahlkampf 2011**

Die Inhalte, die wir im Wahlkampf präsentieren wollen, sind bereits im ersten Abschnitt, vor allem aber im separat zu beschließenden Juso-Wahlprogramm 2011 enthalten. Organisatorisch wollen wir uns im Wahlkampf vor allem über das selbst erarbeitete Wahlprogramm und seine zentralen Inhalte präsentieren. Die vielen zusätzlichen Ideen, die bereits auf einer Mitgliederversammlung gesammelt wurden, werden in den nächsten Wochen konkretisiert und umgesetzt werden. Dabei gilt es, sich von anderen, insbesondere den bürgerlichen, Parteien abzugrenzen, um den Menschen die Unterschiede zwischen den Parteien verständlich zu machen und zu verdeutlichen, dass eben nicht alle dasselbe sagen. Zu diesen Parteien gehört ebenso der Koalitionspartner. Wo die Grünen keine linke Politik mehr betreiben, muss dies schonungslos offengelegt werden. Dabei erhoffen wir uns eine positive Wirkung des neuen Mehrstimmenwahlrechts, das in Hamburg ein beträchtliches Stimmsplitting von Grünenwählern zugunsten der SPD ermöglicht hat. Das Wahlrecht mit seinen personalisierenden Wirkungen stellt uns aber auch vor grundsätzliche Fragen der Wahlkampforganisation. Die Jusos haben sich im letzten Jahr energisch für Wahlkampfregeln eingesetzt, die keine privatfinanzierten Einzelwahlkämpfe zulassen. Die parteiinterne Solidarität darf durch das neue Wahlrecht nicht gefährdet werden. Aus demselben Grund stehen die Jusos nicht als

Wahlkampfteam für einzelne KandidatInnen zur Verfügung. Entscheidungen über die Unterstützung individueller Wahlkampfaktion werden wir im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten auf inhaltlicher Grundlage in Übereinstimmung mit diesem Arbeitsprogramm sowie dem beschlossenen Juso-Wahlprogramm treffen.

## **7. Selbstverständnis und Arbeitsweise des Vorstandes**

Der Vorstand der Jusos Bremen-Stadt gewährleistet gegenüber seinen Mitgliedern größtmögliche Transparenz. Seine Sitzungen sind grundsätzlich verbandsöffentlich. Keine Vorstandsfunktion inne zu haben ist kein Ausschlusskriterium für die aktive Mitgestaltung der Juso-Arbeit, im Gegenteil: Wer Ideen einbringen oder Verantwortung für ein Projekt übernehmen will, ist ausdrücklich eingeladen, sich einzubringen.

Der Vorstand wird intern zu einer sinnvollen und effektiven Arbeitsteilung kommen: Jedes Mitglied wird mindestens eine Mitgliederversammlung thematisch vorbereiten. Die Mitglieder des Vorstandes übernehmen jeweils Verantwortung für einzelne Zuständigkeitsbereiche und Inhalte dieses Arbeitsprogramms.